

WAHLERGEBNISSE IM VERGLEICH			
Liste:	IG Metall	Hoss/Mühlaisen	
1972 Stimmen	7.800 (72%)	3.034 (28%)	
1975 Stimmen	10.572 (74,6%)	2.653 (18,7%)	
1978 Stimmen	7.600 (64%)	3.200 (27%)	
(April - ungültig)			
1978 Stimmen	6.601 (52,3%)	4.952 (39,2%)	
(September)			
Die realistischen 6,5% 1975 und 8,4% 1978 entfielen auf den Christlichen Metallarbeiter-Verband.			

# OPPOSITION BEI KAMPF FÜR WEITER



DIE GEWÄHLTEN KANDIDATEN DER LISTE "HOSS/MÜHLEISEN"

## Die Entstehung der Opposition

Die Geschichte der oppositionellen Liste geht zurück bis Ende der 60er Jahre. Der Aufstieg in der Automobilindustrie wurde bei Daimler in dieser Zeit gekennzeichnet vom Übergang von der Einzelmaschinenfertigung (Fräs-, Bohr- und Drehautomaten) zur Massenfertigung (Transferlinien). Neue Produktionsstätten im Untereichingen wurden dem Unternehmen Stuttgart durch den Verkauf der dortigen Werke angegliedert. Die Arbeitsverhältnisse verschlechterten sich, was die Arbeiter zu einer Streikaktion veranlasste. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt.

### Bürokratisierung

Der Betriebsrat schaltete und wählte über die Köpfe der Belegschaft hinweg. Die Kollegen wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt in Sachen Betriebsratsarbeit und zu Gewerkschaftsfragen. Das einfache Mitglied zahlte nur Beiträge, hatte aber noch nicht einmal das, was jeder Hausrechtler erwarten hat, nämlich eine Jahreshauptversammlung, auf der sich jedes Mitglied beteiligen kann!

Selbst die Vertrauensleute hatten kaum inhaltlichen Einfluß auf die Betriebsratsarbeit und die übliche Gewerkschaftspolitik. Viel mehr wurden sie mißbraucht als Instrument des Betriebsrats. Das fängt damit an, daß Vertrauensleute nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern ordentlich gewählt, sondern meist von Betriebsratsbestimmern wurden. Das sah dann etwa so aus, daß ein Betriebsrat in eine Abteilung ging, einige Leute zu Vertrauensmannern vorschlug und die Kollegen fragte, ob sie was dagegen hätten. Daß es heute noch Vertrauensleute gibt, die keine demokratische Legitimation haben, zeigt das Beispiel des derzeitigen Vorsitzenden des Vertrauensleutenkörpers. Er wurde einst im Werk Hedelfingen gewählt. Dieses Jahr wollte er sich zum Betriebsrat wählen lassen, fiel aber durch. Daraufhin ließ er sich ins Werk Ulmheim versetzen, dachte aber nicht daran, seinen Vertrauensmannposten abzugeben bzw. sich neu von den Kollegen bestätigen zu lassen. Er ist deshalb auch weiterhin Vorsitzender des Vertrauensleutenkörpers. Die örtlichen Gewerkschaftsführer unterstützen das auch noch.

### Opposition

Einige Vertrauensleute erkannten, daß für eine wirksame Interessenvertretung, die Kollegen an der Basis sich mit den anstehenden Problemen und Konflikten auseinandersetzen müssen, um Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können, um den Verhandlungen des Betriebsrats eine starke Kraft zur Seite zu stellen. Die Mindestforderungen der kritischen Vertrauensleute waren zu nächst:

- Ordentliche Wahl von Vertrauensleuten in den einzelnen Betrieben.
- Mindestens 10 VL-Sitzungen im Jahr.
- Lange vor den ersten Vorbereitungen zur Betriebsratswahl 1972 wählen die Kollegen W. Hoss und H. Mühlaisen einen Vorschlag zur Änderung des Wahlverfahrens für die Betriebsratswahlen an die Ver-

trauenskörperlleitung. Sie wollten die Kandidatenaufstellung auf der IGM-Liste basisthafter, demokratischer und mit direkter Einwirkungsmöglichkeit aller Mitglieder durchgeführt wissen. Hierzu legten sie konkrete Punkte vor.

Unter der Führung des Betriebsratsvorsitzenden Haupt (er war auch SPD-Landtagsabgeordneter) weigerte sich der Betriebsrat, die Vorschläge überhaupt auf die Tagesordnung zu bringen. Zur Abblockung der Kritik von unten wurden vom Betriebsrat weitere demokratische Maßnahmen ergriffen. Die Kandidatenaufstellung zur Delegiertenwahl zur Vertreterversammlung wurde so geändert, daß nur noch der Kandidieren durfte, der die absolute Mehrheit in der Vertrauensleutenkörperlversammlung erreicht hatte. Einfachen Mitgliedern wurde das Vorschlagsrecht genommen. Willi Hoss wurde auf diese Weise als Kandidat ausgetrickelt, obwohl in seiner Abteilung 56 Unterschriften für seine Kandidatur gesammelt wurden.

Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl wurden auf genau dieselbe Weise linke Kollegen an der Kandidatur gehindert. Einfache Mitglieder hatten kein Vorschlagsrecht, Kandidat konnte nur werden, wer mehr als die Hälfte der Stimmen des Vertrauensleutenkörpers erhalten hatte. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der IGM-Liste wurde durch eine "engere Kommission" der Vertrauenskörperlleitung vorbestimmt.

So änderte sich bis 1972 die Zusammensetzung des Betriebsrats nur dann, wenn ein Mitglied bei Daimler ausschied oder starb. Das sollte nun aber anders werden. Nachdem es der Opposition durch bürokratische Maßnahmen der IGM-Betriebsräte verwehrt war, sich auf der IGM-Liste zur Wahl stellen, gab es für sie nur die Alternative einer eigenen Liste, um die Unzufriedenheit unter den Kollegen mit dem Betriebsrat zum Ausdruck zu bringen. Es entstand die erste Liste oppositioneller Gewerkschafter:

### Entlassungen

Von Anfang an begannen die Kollegen von der Opposition ihr Vorhaben offen darzulegen. Nach der Wahl wurde diese Offenheit durch umfangreiche Informationen über die Betriebsratsarbeit fortgesetzt. Ihre Arbeit kann sich auch sehen lassen.

Als z. B. der Jugendvertreter fristlos entlassen wurde, weil er in einer Betriebsversammlung die Unternehmensleitung wenig überlegt angriff, stimmten nur die Betriebsräte Hoss, Mühlaisen und D'Andrea gegen die fristlose Entlassung. Die IGM-Betriebsräte gaben damit einer Kündigung ihre Zustimmung, die später nicht einmal vom Arbeitsgericht für rechtmäßig erklärt wurde.

Fast an jedem Arbeitstag wird bei Daimler ein Kollege erwartet, ein anderer entlassen. Geringste Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung, Unterschreitungen u. d. führen sofort zu Verwarnungen. "Da schlägt einer z. B. im Zorn auf einen Zigarettenaubomaten drauf, weil seine eingeworfenen 3 Mark nicht mehr herauskommen. Die Scheibe geht zu Bruch. Der Mann wird fristlos entlassen."

### Ausschlüsse

Den altgedientesten IGM-Betriebsräten muß dieses Wahlergebnis wie ein Schock in die Knochen gefahren sein. Sie sahen wohl ihre Posten und Privilegien bedroht und überstülzten sich in panischen Reaktionen. Noch vor der Wahl hatten sie den Antrag gestellt, Hoss, Mühlaisen und D'Andrea aus der IG Metall auszuscheiden. Dieser Ausschlußantrag wurde nach der Wahl aufrecht erhalten und von der Ortsverwaltung unterstützt. Der damalige Bezirksleiter Willi Bleicher bot eine Zurücknahme der Ausschlussschlüsse nur unter der Bedingung an, daß sich die drei Kollegen von ihrem Verhalten distanzieren und sich in Zukunft jeder öffentlichen Kritik an den IGM-Betriebsräten enthalten sollten. Dies war unannehmbar, zumal durch das Wahlergebnis ein starker Rückhalt in der Belegschaft bestätigt wurde.

So wurden die Kollegen Hoss, Mühlaisen und D'Andrea noch 1972 vom Hauptvorstand der IG Metall ausgeschlossen, ohne auch dort nur gehört worden zu sein bzw. ohne daß die zahlreichen Proteste aus der Mitgliedschaft berücksichtigt wurden. Ab sofort waren die

## Das Programm der Opposition

### Leistungssteigerung

Die Gruppe um die oppositionelle Liste bei Daimler in Untereichingen versteht sich trotz Gewerkschaftsauschluss noch immer als gewerkschaftliche Opposition. Ihr bestehendes Ausgangsziel war verbesserte Interessensvertretung durch die Aktivierung der Gewerkschaftsbasis. Dazu haben sie Vorschläge gemacht, von denen die örtliche Gewerkschaftsführung nichts wissen wollte. Sie mußten ihre Vorschläge so den Mitgliedern direkt vermitteln und mit einem eigenen Liste bei den Betriebsratswahlen der Bürokratie zeigen, daß die Kollegen eine andere Interessensvertretungspolitik verlangen.

Von Anfang an begannen die Kollegen von der Opposition ihr Vorhaben offen darzulegen. Nach der Wahl wurde diese Offenheit durch umfangreiche Informationen über die Betriebsratsarbeit fortgesetzt. Ihre Arbeit kann sich auch sehen lassen.

Als z. B. der Jugendvertreter fristlos entlassen wurde, weil er in einer Betriebsversammlung die Unternehmensleitung wenig überlegt angriff, stimmten nur die Betriebsräte Hoss, Mühlaisen und D'Andrea gegen die fristlose Entlassung. Die IGM-Betriebsräte gaben damit einer Kündigung ihre Zustimmung, die später nicht einmal vom Arbeitsgericht für rechtmäßig erklärt wurde.

Fast an jedem Arbeitstag wird bei Daimler ein Kollege erwartet, ein anderer entlassen. Geringste Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung, Unterschreitungen u. d. führen sofort zu Verwarnungen. "Da schlägt einer z. B. im Zorn auf einen Zigarettenaubomaten drauf, weil seine eingeworfenen 3 Mark nicht mehr herauskommen. Die Scheibe geht zu Bruch. Der Mann wird fristlos entlassen."

### Lohndruck

Trotz eines vergleichsweise hohen Lohnniveaus nimmt der Druck auf die Löhne zu. Z. B. wurden vier Karmenfahrer von Dieselfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge umgestellt und ihnen dafür 30% mehr Lohn zugesprochen. Weil der Abzug von Arbeitsverträgen durch technische Verbesserungen tarifvertraglich zugelassen ist, können Gewerkschafter in ihrer Funktion als Betriebsräte direkt nichts dagegen unternehmen. Es bleibt eine Kritik an Tarifvertrag. Die Betriebsräte der Liste Hoss/Mühlaisen wollen aber erreichen, daß z. B. Lohnunter-schiede für gleichartige Arbeiten beseitigt werden. Nervenbelastende Bandarbeit und taggebundene

Arbeitsplätze höher eingestuft werden. Lohngruppen am Rande des Sozialleistungsniveaus sollen durch einen innerbetrieblichen Mindestlohn beseitigt werden.

Die Betriebsräte setzen sich aktiv ein gegen das Einfrieren bzw. den Abbau von Sozialleistungen (Zuschüsse zum Kantinenessen, zum Fahrgeld, zur Wohnheimflöge etc.). Das Programm der Hoss/Mühlaisen-Liste reißt viele Mitglieder an. Es zeigt aber nicht immer konkrete Schritte dagegen an. Hier muß man sich manchmal auch fragen, ob alle angestrichelten Probleme überhaupt durch den Betriebsrat bzw. innerhalb eines Betriebes gelöst werden können. Gerade eine Verbindung betrieblicher aktueller Forderungen mit gewerkschaftlichen Forderungen, wie im Programm der "Gruppe oppositionelle Gewerkschafter" bei Opel Bochum, verhilft man in dem Programm der Hoss/Mühlaisen-Liste.

### Mehr Demokratie

Den Kern ihrer Arbeit bringen sie auf die Formel: "mehr Demokratie". Das heißt für sie:

- Informationen über alle wichtigen Fragen ...
- Durchsetzung vorhandener Rechte ...
- Förderung der Eigeninitiative ...
- Belegschaft bestimmt über den Betriebsrat ...
- Unfähige Betriebsräte müssen abgewählt werden können ...
- Betriebsräte gehören in ihre Berechnungsbereiche ...
- Der Betriebsrat muß von Büroarbeit entlastet werden ...
- Entscheidungsprozesse der unteren Ebene des Betriebsrats müssen erweitert werden ...
- Mehr Demokratie für die Arbeiter ...

"Nur derjenige Betriebsrat kann seine Forderungen durchsetzen, der fest an der Seite der Kollegen steht. ... Gewiß setzt ihm das Betriebsratsmandat hier mit der 'Friedenspflicht' enge Grenzen, aber nicht dort, wo sie die bisherige Betriebsrats-Mehrheit gezogen hat" (Wahlplattform).

Die hier zum Ausdruck kommende Kritik an der BVG ist freilich sehr bescheiden. Auch in diesem Punkt geben die oppositionellen Gewerkschafter bei Opel Bochum ein besseres Beispiel, indem sie in ihr Wahlprogramm eine radikale Kritik an diesem Gesetz aufnahmen.

# DAIMLER-BENZ IN UNTERTÜRKEN

# DEMOKRATIE IN DER IG METALL

## Durchbruch bei den Betriebsratswahlen 1978

Bei den April-Wahlen dieses Jahres wurde Wahlbetrieb begangen. Zugunsten der IGM wurden 1.310 Wahlzettel in die Urnen geschmuggelt.

Bereits die Wahlvorbereitungen wurden von den alteingesessenen Betriebs-Betriebsräten nicht nach demokratischen Gepflogenheiten durchgeführt. Wiederholt wurde der Antrag von W. Hoss abgelehnt, in den 35köpfigen Wahlvorstand einen Vertreter seiner Liste aufzunehmen. Man wollte unter sich bleiben.

Am 6. 4. 78 wurden auf Anordnung des Wahlvorstands 25.000 blaue Stimmzettel für die Arbeiter gedruckt. Auf Anordnung des Betriebsratsvorsitzenden wurden am 10. 4. noch weitere 3 000 Stimmzettel für die Arbeiter nachgedruckt, obwohl nur 18.362 Arbeiter stimmberechtigt waren. Diese nachgedruckten Stimmzettel wurden in einem Büro eines IGM-Betriebsrates deponiert, das 300 Metern von den Räumen des Wahlvorstands entfernt lag. Der weitere Verbleib der Stimmzettel ist bis heute ungeklärt.

Am Nachmittag des 20. 4. 78 werden die Wahllokale geschlossen. Einen Tag später werden die Stimmzettel besandt, daß zusammenhängende Packen von Umschlagene Spielkartenumdrehel aus den Urnen fallen, aus denen Stimmzettel zum Vorschein kommen. Sie haben einen anderen Farbton (Nachdruck) und tragen gleiche Kreuze mit gleichem Stif. Der Wahlvorstand

behauptet, das sei Zufall bzw. statische Aufdrückung. Er zählt trotz massiver Proteste weiter aus. W. Hoss stellt den Antrag, daß zur Überprüfung die Zahl der Haken auf der Wahlliste verflüchtigt wird. Der Wahlvorstand lehnt das ab.

Am 25. 4. 78 fechten Vertreter der oppositionellen Liste die Wahl an. Sie wollen Neuwahlen. Ende Mai erklärt das Gericht die Wahl für ungültig. Daranhin behaupten die örtlichen Bevollmächtigten der IGM aus Stuttgart und Eslingen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vertrauensratsvorsitzers in einem Flugblatt: "Es fehlt jeder Sachverweis für Fälschung und Manipulation."

Gegen das Gerichtsurteil legen die IGM-Betriebsräte und ihre Ortsverwaltung Beschwerde ein. Eine Einsicht in die Wahlunterlagen wird aber zunächst kategorisch abgelehnt. Erst kurz vor einem neuen Gerichtstermin rücken sie die Unterlagen raus. Der ganze Schwundel fliegt auf. Der Staatsanwalt zählt 1310 gefälschte Stimmzettel.

### Unzufriedenheit ist

Bereits vor den April-Wahlen war bei Teilen der Belegschaft eine feststehende Unzufriedenheit mit der IGM-Führung vorhanden. Das schlechte Streikergebnis war noch voll im Bewußtsein. Die unbefriedigende Arbeit der IGM-Betriebsräte tat ihr Übriges.

So war es dann auch nicht verwunderlich, daß Leute aus dem Vertrauenskörper sich weiterten, für gar Unterstützung der autoritären ... an Unternehmensinteressen orientierten ... Amtsführung eniger Betriebsräte" zurück.

Einerseits gibt die DKP zu, daß das "Umdenken" in der IG Metall das "Verdienen der Hoss-Gruppe" ist. Andererseits wird der Beitrag verdammt.

Eine Veränderung kann nach den Worten des DKP-Bezirksvorsitzenden nämlich nur von der Einheitsgewerkschaft geleistet werden, die auch bereit und in der Lage ist, Fehler zu korrigieren ... Und "um wieviel mobilisierender und ohne den erzeugten Scherbenhaufen (wäre) dieser Neubeginn möglich gewesen, wenn diese Energien und Fähigkeiten statt gegen die Gewerkschaft innerhalb der Gewerkschaft eingesetzt worden wären. Hier verschließen die verantwortlichen DKP-Funktionäre beide Augen vor der Wirklichkeit.

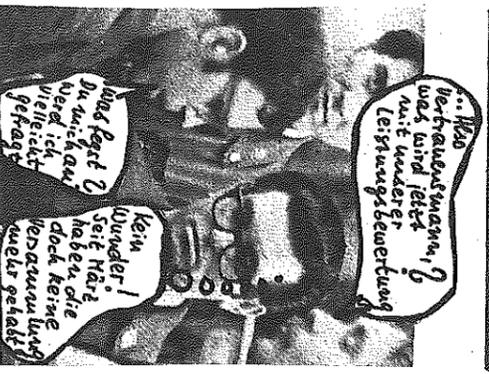
Erstens wurde eine Veränderung gewerkschaftlicher Interessentretzung von den Kollegen Hoss und Mühlisen nirgends sonst als innerhalb der Gewerkschaft selbst versucht. Zweitens wurde dieser Ansatz durch nichts anderes als durch die gewerkschaftliche Führungsspitze abgeblockt, die eben nicht bereit war, Fehler zu korrigieren. Drittens hatte die Basis nichts zu melden. Viertens wurde nicht gegen die Gewerkschaft gekämpft, sondern nur gegen bürokratische Strukturen, bzw. gegen Personen, die diese Strukturen zementieren.

Wie hätte diese Veränderung unter diesen Bedingungen anders er-

die alteingesessenen Betriebsräte Wahlpropaganda zu machen und ihre Flugblätter nicht verteilen. Der Wahlbetrieb beschleunigte den Druck auf die IGM-Führung abermals so stark, daß sie nicht mehr drum rum kam, ihre basisferne Politik und ihr Verhältnis zu den alten inhaltlichen Forderungen der Opposition neu zu überdenken.

### Veränderungen

Der schwerfällige Apparat bewegte sich plötzlich. Der Betriebsrats-



Aus einem Flugblatt der Opposition vom September 1976, nachdem ein halbes Jahr lang kein Sitzung der IGM-Vertrauensleute mehr stattgefunden hatte.

reicht werden können, als durch eine oppositionelle Liste? Die Kollegen hatten keine beliebige Wahl von Wegen. Die Ereignisse diktierten ihnen ihr Vorgehen.

Die DKP muß sich fragen lassen, was sie in den letzten 6 Jahren getan hat, um bei Daimler oder anderswo für einen Neubeginn in der gewerkschaftlichen Arbeit zu sorgen. Von ihr ist keine Aktion bekannt für innergewerkschaftliche Demokratie, die eine ähnlich mobilisierende Wirkung gehabt hätte.

Nach den Urwahlen zur Wiederholungswahl ist für die DKP in der Gewerkschaft auch wieder alles in Ordnung. Die Politik und die Strukturen der Gewerkschaftsgruppen bei Daimler waren für sie demnach nur ein Unfall bei sonst intakter Gewerkschaftspolitik. Das dies nicht stimmt, zeigten Wählergebnisse aus anderen Großbetrieben ebenso wie die massiven Proteste, die gegen das diesjährige Streikergebnis aus der IG Metall-Mitgliedschaft zu hören waren.

Die Tatsache, daß "Großbürgerliche Medien" über Biermann und Hoss berichteten, ist für die DKP ein weiterer Grund sie als gewerkschaftsfeindlich hinzustellen. So einfach ist das.

vorstehende (SPD-Mitglied) und sein Stellvertreter nahmen den Hut. Die IGM gibt ein Wahlprogramm heraus und verkündet Anfang August Urwahlen. Nach Aussage eines Metalllers hat sich bei Daimler innerhalb weniger Wochen mehr verändert als innerhalb der letzten 20 Jahren.

Allerdings entspricht die Urwahl, so wie sie abgehalten wurde, nicht den Vorstellungen der Opposition. Die Bereiche waren z. B. viel zu groß eingeteilt. Viele Stimmen fielen so auf Kollegen, die zwar in den Abteilungen bekannt waren und dort auch gewählt wurden, aber im übrigen Wahlbereich unbekannt waren. Mehr als 40% der Mitglieder beteiligten sich nicht: an der Urwahl.

So konnte die IGM-Führung ihre auslesene alte Mannschaft wieder durchbringen, obwohl z. B. der bisherige Betriebsratsvorsitzende in seinem Bereich nur 20% der Stimmen erhielt. Die IGM sprach aber bereits von einem "neuen Anfang", der gemacht werden sollte. Kurze Zeit später gibt die IGM-Ortsverwaltung aber wieder bekannt, daß die Urwahlen damit nicht als dauernde Einrichtung eingeführt sei. War die Urwahl also nur ein einmaliger faktischer Schachzug?

Die volle öffentliche Vertretung der IGM-Betriebsräte durch die Ortsverwaltung ließ die Halbherzigkeit des Neubeginns erkennen. Als z. B. Wolf Biermann während seines Konzerts für die gewerkschaftliche Opposition den Sohn Schleyers zitierte, bezeichnete ihn IGM-Sekretär dies in einem empöten Brief an Biermann als "affirmative Fehlleistung". Jörg Schleyer hatte in jenen Tagen in einem "Bild"-Interview gesagt: "Mein Vater hatte mit den Daim-

## Solidarität mit den Ausgeschlossenen

Insgesamt gesehen haben sich die Kollegen von der Liste Hoss/Mühlisen aber große Verdienste erworben. Sie haben sich nicht nur aktiv für die Kollegen im Betrieb eingesetzt, sondern durch ihre Arbeit auch positiv auf die Gewerkschaft eingewirkt. Wenn jetzt innerhalb der IG Metall ein Erneuerungsprozess eintritt, dann ist dies der Kollegen von der Opposition und ihren Anhängern zu verdanken durch die Ereignisse um die Betriebsrats-Arbeit und die letzten

Wahlen bei Daimler hat sich der Druck der Gewerkschaftsbasis auf die alteingesessenen Funktionäre derart verstärkt, daß sie die ersten Schritte unternehmen mußten zu einer innergewerkschaftlichen Demokratisierung. "Sie sind gezwungen, einen Teil dessen zu verwirklichen, was sie jahrelang bekämpft haben" (G. Rahgeb, Mitglied der oppositionellen Liste).

Mehr als 1 000 Unterschriften wurden von einfachen IGM-Mitgliedern schon für die Wiederannahme der Ausgeschlossenen gesammelt. Juristisch ist der Ausschluß schon lange nicht mehr haltbar. Der Bundesgerichtshof

hat nämlich entschieden, daß Kollegen, die auf einer Konkurrenzliste kandidieren, deshalb nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden dürfen.

Mit der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder ist aber das Problem Gewerkschaftsdemokratie noch nicht grundsätzlich gelöst. Damit sich Gewerkschaftsvertreter gegenüber ihrer Basis nicht verselbständigen, müssen sie besser kontrolliert werden.

Ihre Abwahl muß genauso gewährleistet sein, wie die Abwahl von Betriebsräten.

Sie dürfen keine materiellen Privilegien erhalten. Ein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär soll nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter.

Minderheiten muß in der Gewerkschaft garantiert sein, daß sie jederzeit ihre Position darlegen können.

Schluß mit bürokratischen Ausschlußpraktiken und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linke Opposition unter dem Vorwand der Gewerkschaftsfähigung.

Solidarität mit den Kollegen der Liste Hoss/Mühlisen.

## Opportunismus der DKP

Die Gründer der oppositionellen Liste W. Hoss und H. Mühlisen waren einst Mitglieder der DKP. Ihre kritische Haltung gegenüber den IGM-Betriebsfunktionären wurde anfangs auch wohlwollend geduldet.

Als Willi Hoss dann aber zur offiziellen Parteiliste kritisch Stellung bezog, ergriff die DKP-Führung bürokratische Mittel gegen ihn. Hoss stellte insbesondere die Position der Partei zu China in Frage und forderte darüber eine offene Diskussion in der Partei. Den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR 1968 bezeichnete er als Verletzung der innerparteilichen Demokratie, als Rückkehr zum Stalinismus.

Im Jahre 1970 wird Hoss wegen dieser abweichlichen Haltung aus der DKP ausgeschlossen. Zwei Jahre später wird auch Herrmann Mühlisen aus der DKP ausgeschlossen. Grund: Bildung einer oppositionellen Liste zur Betriebsratswahl. Die Kandidaten der oppositionellen Liste wurden in der DKP-Betriebszeitung als Beleg für Nachbeter Kleinbürgerlicher Politikaeren" beschnitten.

Diese Haltung wird bis heute von der DKP-Führung aufrechterhalten. Nach den Ereignissen bei Daimler können die DKP-Funktionäre nicht mehr leugnen, daß es im Unterdrückungsbetrieb "ernstere Fehler" gab. Sie führen "die jetzige schwerwiegende Situation für die Gewerkschaft ... nicht zuletzt ... auf die jahrelange Duldung oder

gar Unterstützung der autoritären ... an Unternehmensinteressen orientierten ... Amtsführung eniger Betriebsräte" zurück.

Einerseits gibt die DKP zu, daß das "Umdenken" in der IG Metall das "Verdienen der Hoss-Gruppe" ist. Andererseits wird der Beitrag verdammt.

Eine Veränderung kann nach den Worten des DKP-Bezirksvorsitzenden nämlich nur von der Einheitsgewerkschaft geleistet werden, die auch bereit und in der Lage ist, Fehler zu korrigieren ... Und "um wieviel mobilisierender und ohne den erzeugten Scherbenhaufen (wäre) dieser Neubeginn möglich gewesen, wenn diese Energien und Fähigkeiten statt gegen die Gewerkschaft innerhalb der Gewerkschaft eingesetzt worden wären. Hier verschließen die verantwortlichen DKP-Funktionäre beide Augen vor der Wirklichkeit.

Erstens wurde eine Veränderung gewerkschaftlicher Interessentretzung von den Kollegen Hoss und Mühlisen nirgends sonst als innerhalb der Gewerkschaft selbst versucht. Zweitens wurde dieser Ansatz durch nichts anderes als durch die gewerkschaftliche Führungsspitze abgeblockt, die eben nicht bereit war, Fehler zu korrigieren. Drittens hatte die Basis nichts zu melden. Viertens wurde nicht gegen die Gewerkschaft gekämpft, sondern nur gegen bürokratische Strukturen, bzw. gegen Personen, die diese Strukturen zementieren.

Wie hätte diese Veränderung unter diesen Bedingungen anders er-